

E-Mail-Newsletter

Nr. 179, 7. Juni 2013

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Was lange währt... Nach über zweijähriger Beratungs- und Wartezeit steht die parlamentarische Diskussion und Verabschiebung des neuen Flüchtlingsaufnahmegesetzes für Baden-Württemberg kurz bevor. Zum 1. Januar 2014 soll das Gesetz in Kraft treten. Zu hoffen ist, dass die versprochenen und erhofften Verbesserungen nicht nur im Gesetzestext stehen werden, sondern auch Wirklichkeit werden. **Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz steht auch im Mittelpunkt unserer nächsten Plenumstagung am 6. Juli in Stuttgart, zu der wir Sie herzlich einladen** (siehe Termine). Nach einem kurzen „Winterabschiebestopp“ für Familien mit minderjährigen Kindern sind auch in Baden-Württemberg die Sammelabschiebungen wieder zur Normalität geworden. Am 24. April und 28. Mai flogen ab Baden-Airpark zwei Abschiebecharter der Air Bulgaria nach Serbien und Mazedonien. An Bord waren vor allem Familien mit Kindern, auch aus anderen Bundesländern. Die verstärkte Rückführung der ungewollten Minderheitenangehörigen aus Südosteuropa ist auch in einem grünrot regierten Land offenbar kein Skandal und den Medien keine Zeile wert. In diesem Newsletter gibt es aber noch ein paar Zeilen dazu.

In diesem Sinne viel Spaß beim Leben

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Asylzugangszahlen: Erneuter Anstieg

Laut einer Aufstellung der Landeserstaufnahmeeinrichtung "LEA" (früher: LAST) in Karlsruhe kamen zwischen Januar und April 2013 insgesamt 3.261 neue Asylantragsteller/innen (2012: 1.688). Während die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien stark zurückgegangen ist, stieg die Zahl von Antragstellerinnen aus der GUS, primär Tschetschenien. Bundesweit stiegen die Antragszahlen in diesem Zeitraum laut der [aktuellen Asylgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge](#) von 15.482 (2012) auf 26.792 (2013).

Neues Flüchtlingsaufnahmegesetz soll ab Januar 2014 gelten

Wie das Internetportal der Landesregierung berichtet, soll das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz noch vor der Sommerpause in eine Expertenanhörung und danach im Landtag beraten werden. In einem Interview ("[Sieben Quadratmeter sind kein Luxus](#)") stellt Integrationsministerin Bilkay Öney dar, welche Veränderungen geplant sind und warum der ganze Prozess so lange dauert.

Dass die vom Integrationsministerium im August 2012 verabschiedeten "Anwendungshinweise" zum Flüchtlingsaufnahmegesetz nur sehr bedingt in Richtung von prinzipiell gewollten Verbesserungen gewirkt haben, ergibt sich auch aus einer Antwort des IntM auf eine Anfrage des grünen MdL Daniel Lede Abal vom 29. April 2013 ([Landtagsdrucksache 15/3335](#)) [Weiterlesen](#).

Aktuelle Informationen zur Situation vor Ort:

+ 30.04.2013: [Verwaltungsgerichte: Flüchtlingsunterbringung in Gewerbegebieten ist unzulässig](#) (mit Link zum Urteil des VGH Baden-Württemberg)

+ 02.06.2013 Die Welt: "[Supermarkt statt Essenskisten in Baden-Württemberg](#). Bargeld für Asylbewerber statt fertig gepackte Essenskisten – jahrelang haben Flüchtlingsverbände und Betroffene für dieses Ziel gekämpft. Seit einigen Monaten stellen viele Kreise um – zur Freude der Asylbewerber. Aber nicht alle machen mit."

+ 05.06.2013 „**Flüchtlingslager in Überlingen muss geschlossen werden**“ Nach einem Besuch der GU Überlingen im Rahmen der Refugee-Bus-Tour fordert das Aktionsbündnis Abschiebestopp Konstanz, dass die Holzbaracken-Unterkunft am Stadtrand von Überlingen geschlossen wird. Bericht auf dem Weblog von Jürgen Weber sowie Zeitungsberichte.

06.06.2013 "[Noch 90 Meter bis zum Container-Getto für Asylanten](#)". Bürgerproteste gegen Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Sachsenheim (Lkr. Ludwigsburg). Mehrere Berichte in der Stuttgarter Zeitung

"Freiwillige Ausreise" im Sammelabschiebeflieger

Bei der Sammelabschiebung am 28. Mai vom Baden-Airpark Karlsruhe wurden auch 14 Personen aus Baden-Württemberg nach Serbien und Mazedonien abgeschoben, die sich zur "freiwilligen Ausreise" bereit erklärt hatten. Neben weiteren 20 Personen aus Baden-Württemberg wurden bei dieser Abschiebung erneut zahlreiche Personen aus Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern abgeschoben. Unter den Abgeschobenen befanden sich viele Familien, darunter auch schwangere Frauen und Babies. Gegen die Sammelabschiebung protestierten etwa 20 Personen mit Transparenten. [Weiterlesen...](#)

Bilanz der Härtefallkommission für 2012: 82 Personen erhielten Bleiberecht

Im Jahr 2012 wurden 116 Anträge an die Härtefallkommission des Landes gestellt. In 54 Fällen (rd. 47%) stellte die Kommission ein Ersuchen an den zuständigen Innenminister, die anderen Anträge wurden im Vorprüfungsverfahren oder durch die Kommission abgelehnt.

+ 15.04.2013 [Ministerium für Integration BW: Siebter Bericht der Härtefallkommission](#)

Flüchtlingsanerkennung für syrische Familie

Mit [Urteil vom 26.4.2013](#) stellte das VG Stuttgart erneut eine Flüchtlingsanerkennung gem. § 60 Abs. 1 AufenthG für Flüchtlingen aus Syrien fest. Die Familie, die sich zuerst 14 Tage in Griechenland und dann in Italien aufhielt, sollte zunächst nach der Dublin-II-VO nach Italien rücküberstellt werden. Das Bundesamt lehnte die Befassung des Asylantrags ab. Der Rechtsanwalt legte Klage und einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz ein, um das Selbsteintrittsrecht nach der Dublin-II-VO zu erreichen. Dem wurde durch das VG-Urteil stattgegeben und die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt.

In aller Kürze:

+ 07.05.2013 Große Anfrage der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP: Moderne Integrationspolitik in Baden-Württemberg / Antwort des Ministeriums für Integration ([Landtags-Drucksache 15/3038](#))

+ 07.05.2013 Stuttgarter Zeitung: „**Rätselraten um die Vermummten. Ist der Geheimbund in Schwäbisch Hall wieder aktiv? ...**“

+ 08.05.2013 Stuttgarter Zeitung: „**Mehr Geld für Integration vor Ort. Migranten. Die Regierung setzt auf pauschale Zuweisungen an die Kommunen, um deren Eingliederungskraft zu stärken.**“ Die Landesregierung erhöht die den Kommunen übertragenen Mittel für Förderung der Integration von MigrantInnen in den Jahren 2013 und 2014 von 1,9 auf 3,2 Mio. Euro.

+ 25.05.2013 Badische Zeitung: "**Karlsruhe: Demonstranten verhindern Neonazi-Aufmarsch. Rund 2500 Menschen stellen sich gegen einen Neonazi-Aufmarsch....**"

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

26. Mai 1993 – 26. Mai 2013: 20 Jahre Einschränkung des Grundrechts auf Asyl

Vor fast genau 20 Jahren schränkte der Deutsche Bundestag das in Artikel 16 Grundgesetz festgeschriebene Grundrecht auf Asyl massiv ein. Auf den seitdem geltenden Art. 16a GG können sich nur noch solche politisch Verfolgten berufen, die nicht aus einem sicheren Drittstaat eingereist sind und nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat stammen. Begleitet wurde die Grundgesetzänderung von einem flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Diskurs in Politik und Medien, der auch die dadurch ausgelösten damaligen tödlichen Anschläge auf Flüchtlinge und MigrantInnen billigend in Kauf nahm. Die faktische Abschaffung des Asylrechts im Jahr 1993 war „*ein Sieg der Straße und eine Niederlage des Rechtsstaats*“, so Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg in einer [Presserklärung](#).

+ 23.05.2013 Pressemitteilung von PRO ASYL: "[26. Mai: 20 Jahre Änderung des Grundrechts auf Asyl. Startschuss für einen europäischen Wettlauf der Schabigkeiten. PRO ASYL fordert ein gemeinsames EU-Asylrecht auf hohem](#)

Schutzniveau."

+ 26.05.2013 Presseerklärung PRO ASYL: "[Integrationsgipfel 20 Jahre nach Solingen. Vertane Chance: Über Rassismus wird nicht gesprochen](#)"

+ 27.05.2013 Deutschlandradio: "[Asylsuchende haben in Deutschland keine Lobby](#)". Migrationsexperte nennt Situation für Asylbewerber skandalös. Klaus J. Bade im Gespräch mit Katrin Heise

Zukunft der Bleiberechtsprojekte gefährdet

Aufgrund von Mittelkürzungen im Europäischen Sozialfonds kündigte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Beendigung der 28 bundesweit geförderten Bleiberechtsnetzwerke an. Dies gefährdet auch die Arbeit und die Zukunft der drei in Baden-Württemberg geförderten Netzwerke (vgl. www.bleibinbw.de). Nachdem Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsräte, Parteien und auch die Integrationsministerkonferenz eine Fortsetzung des Programms forderten, gibt es nun Signale aus Berlin, dass es doch zu einer Fortsetzung kommen könnte. Angesichts des allseits beklagten Arbeitskräftemangels und der Wahrscheinlichkeit einer neuen gesetzlichen Bleiberechtsregelung wäre ein Ende der Förderung der unbestritten erfolgreichen Arbeit dieser Netzwerke politisch und gesellschaftlich kontraproduktiv. Anfang Juni stellte die Bundestagsfraktion der Grünen einen Antrag zur Fortführung des Programms ([BT-Drs. 17/13718](#)), der am 12.6. in den Ausschüssen beraten wird. [Weiterlesen ...](#)

Bundesrat bremst bei der Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Flüchtlinge

Der Bundesrat zeigt hinsichtlich der geplanten Zusammenlegung der Beschäftigungsverordnung [BeschV](#) und der Beschäftigungsverfahrensverordnung [BeschVerfV](#) sowie beabsichtigter Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs für Nichtdeutsche nur wenig Bereitschaft, den Gesetzentwurf des Bundestags noch zu liberalisieren. ...

Der Stellungnahme des Bundesrats-Plenum v. [3.5.2013](#) zufolge hält nun überraschend der Bundesrat am dauerhaften Arbeitsverbot nach § 33 BeschV Entwurf (derzeit § 11 BeschVerfV) für alle, auch für jugendliche Geduldete fest, die nach Auffassung der Behörden selbst zu vertreten haben, dass sie nicht abgeschoben werden können. Lediglich die aufgrund der Asylverfahrensdauer nur wenigen nutzende Gleichstellung von Asylsuchenden mit Geduldeten ist noch dabei (Ausbildungszugang nach 12 Monaten, Arbeitsmarktzugang nach 48 Monaten).

Quelle und weitere Infos: [Flüchtlingsrat Berlin](#)

LSG NRW: Kürzungen nach §1a AsylbLG sind verfassungswidrig

Nach einem Beschluss des Landessozialgerichts NRW vom 24.04.2013 ([L 20 AY 153/12 B ER](#)) sind Leistungskürzungen nach §1a Nr. 1 und 2 AsylbLG verfassungswidrig. Der Barbetrag zur sozialen Teilhabe nach der Übergangsregelung des BVerfG gehört stets zum unabweisbar Geboteten. In dem Urteil gibt es keinen Verweis auf die Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise und/oder Passbeschaffungsbemühungen. Weitere Informationen mit einer Aufstellung von Urteilen nach § 1a AsylbLG beim [Flüchtlingsrat Berlin](#)

Syrien: Bürgerkrieg und Flüchtlingselend

+ Am 30. Mai hat das Bundesinnenministerium die „Anordnung ... zur vorübergehenden Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien...“ erlassen. Demnach sollen in der nächsten Zeit 5.000 Flüchtlinge „für die Dauer des Konflikts und dessen für die Flüchtlinge relevanten Folgen“ aufgenommen werden. Die Aufnahme soll vom Libanon aus erfolgen, die Auswahl soll sich an humanitären Kriterien orientieren. Die Flüchtlinge sollen dann gleichmäßig über die Bundesländer verteilt werden.

+ Am 7. Juni hat der UNHCR eine Hotline freigeschaltet, bei der es Informationen für Visa von Flüchtlingen aus Syrien gibt: 030 / 20 22 02 21. [Link zu Infos im Internet](#)

+ 02.04.2013 Stuttgarter Zeitung: "[Die Lage hat sich dramatisch verschlimmert. Der Chef des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen warnt vor einer Eskalation in Syrien.](#)" Interview mit Michael Lindenbauer (UNHCR Deutschland)

+ 07.06.2013 Presseerklärung PRO ASYL: "[EU- Innenministertreffen in Brüssel. PRO ASYL fordert ein Ende der Tatenlosigkeit – konzertierte Aufnahme syrischer Flüchtlinge ist ein Gebot der Humanität und Solidarität](#)"

'Gemeint sind wir alle!'

Gegen die zunehmenden Angriffe aus der Neonazi-Szene in den letzten Monaten beziehen der Bayerische Flüchtlingsrat und zahlreiche weitere Organisationen mit dem Aufruf 'Gemeint sind wir alle!' öffentlich Stellung. In München kam es im April und Mai im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die Terrorgruppe NSU zu mehreren Attacken von Neonazis. Auch der Flüchtlingsrat BW unterstützt diesen Aufruf.

+ [Aufruf: 'Gemeint sind wir alle!'](#) mit weiteren Informationen

In aller Kürze:

+ 14.05.2013 „Gesundheitliche Versorgung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen in Deutschland.“

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ([BT-Drs. 17/13461](#))
 + 21.05.2013 [Presseerklärung zur Innenministerkonferenz in Hannover \[PDF\]](#): PRO ASYL, der Flüchtlingsrat Niedersachsen, Jugendliche ohne Grenzen und das Roma-Center Göttingen fordern: *Einreiseerleichterungen für syrische Flüchtlinge / Bleiberecht für Geduldete / gesellschaftliche Teilhabe für Schutzsuchende vom ersten Tag an*
 + 30.05.2013 [Flüchtlingsrat Niedersachsen: „Umstellung von Gutscheinen auf Bargeld nahezu flächendeckend.“](#) Wie der Antwort des Landes auf eine Anfrage zur Umsetzung des AsylbLG zu entnehmen ist, erfolgte die Umstellung von Gutscheinen auf Bargeld in Niedersachsen inzwischen fast flächendeckend. Niedersachsen macht also vor, wie eine Abkehr von den diskriminierenden Sachleistungen auch schnell gehen kann.
 + 30.05.2013 PRO ASYL: [„Tripolis, Lampedusa, Hamburg. Rund 300 Flüchtlinge suchen Obdach und eine menschenwürdige Zukunft in Hamburg. Doch die Stadt lässt sie abblitzen...“](#) Berichte in [taz](#); [ARD](#); [Die Welt](#); [Spiegel-online](#)
 + 04.06.2013 [Studie des Jesuiten-Flüchtlingsdiensts zu "Dublin II"](#) Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) hat am 4. Juni 2013 eine Studie zur Umsetzung der sogenannten Dublin II-Verordnung in neun EU-Staaten vorgelegt. Darin wird Deutschland insbesondere wegen der häufigen Inhaftierungen von Asylsuchenden im Rahmen des Dublin-Verfahrens kritisiert. Quelle: [www.asyl.net](#)
 + 07.06.2013 tagesschau.de: [„Nach 15 Jahren Verhandlungen. EU einigt sich auf neues Asylrecht.“](#) Der Ministerrat der EU hat das **„Gemeinsame Europäische Asylsystem“** verabschiedet. Es gibt jetzt Neufassungen der Dublin-Verordnung, der Asylverfahrensrichtlinie und der Aufnahme richtlinie. Innenminister Friedrich erachtet dies als *„weltweit modernstes Flüchtlingsrecht mit hohen Standards“*
 + 07.06.2013 Stern.de: [„Friedrich will härter gegen Armutsflüchtlinge vorgehen. Deutsche Gemeinden klagen über Sozialleistungseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Laut Innenminister Friedrich wolle die Bundesregierung künftig mit Ausweisung und Einreiseverboten reagieren.“](#) siehe auch [tagesschau.de](#)

Neue Materialien

+ PRO ASYL: [„Wir wählen die Freiheit“. Broschüre zum Tag des Flüchtlings 2013.](#) 52 S. (gleichzeitig Rundbrief 02/2013 des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Bestellmöglichkeit auch über [www.fluechtlingsrat-bw.de](#))
 + Asylzentrum Tübingen (Nov. 2012): [„Flüchtlingskinder. Fördern von Anfang an - am Beispiel des Tübinger Patenprojekts“](#), online verfügbar unter [www.asylzentrum-tuebingen.de](#), Fon / Fax: 07071-44115
 + Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V. Berlin (2013): [Asyl in der Republik Zypern. Verfahrensstandards, Rechtslage und Lebensbedingungen auf dem Prüfstand.](#) Broschüre, 60 S. Bestelladresse: Oranienstr. 59, 10969 Berlin, [zypem@kub-berlin.org](#). [www.kub-berlin.org](#)
 + Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2013): **Gleichberechtigte Teilhabe für Sinti und Roma in Deutschland.** Rahmenstrategie der Europäischen Union für die Verbesserung der Lage von Roma in Europa. Schriftenreihe Band 7, 216 S. ISBN: 978-3929446-29-6.
 + Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein (Mai 2013): [Der Schlepper: „Soviel du brauchst“](#) Sonderheft des Magazins für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein zum Hamburger Kirchentag. Nr. 63, Mai 2013.
 + Flüchtlingsrat Bayern: [Hinterland Nr. 22. „Gut vernetzt“.](#) Das Vierteljahresheft für „kein ruhiges...“.

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Di, 11.06.2013, Freiburg, 20 h Centre Culturel Français:

Zum Verhältnis von Antiziganismus und Geschlecht

Vortrag von **Markus End**, Mitherausgeber der Sammelbande ANTIZIGANISTISCHE ZUSTANDE

Veranstalter: Freiburger Filmforum, Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung, Centre Culturel Français, iz3w veranstaltet

Fr, 14.06.2013, 19.00 Uhr, Ehingen, Schwert Brauerei, Am Viehmarkt 9

Für ein menschenwürdiges Asylrecht. Diskussionsveranstaltung mit Hilde Mattheis (MdB, SPD, Ulm) u.a.

10 Jahre refugio stuttgart

11.06. – 28.06.2013 Veranstaltungsreihe

11.06.13 18:00 Uhr Galerie

Sektempfang und Ausstellungseröffnung „Wunden – Narben – Wege“ mit Fotografien von Martin Sigmund.

Begrüßung: Bilkay Öney (Integrationsministerin), Dr. Eberhardt Renz (Landesbischof a.D., Schirmherr), Walter

Tattermusch (Amtsleiter Sozialamt), Hermann Merkle (Geschäftsführer Haus der Katholischen Kirche)

14.06.13 17.30 –19.30 Uhr Veronika Saal
Ali Schirasi "Lieber an Wurzeln gebunden als an Ketten",
Gedichte eines iranischen Dichters

17.06.13 17.30 –19.30 Uhr Veronika Saal
Sabine Finze „Das Trauma der Kriegskinder“,

18.06.13 17.00 –19.00 Uhr Galerie
refugio Ehrenamtsgruppe: „Was wir arbeiten. Und warum.“

26.06.13 16.30 –17.30 Uhr Galerie
Führung durch die Ausstellung mit Martin Sigmund
17.30 – 19.30 Uhr Veronika Saal: Dr. Thomas Soeder, Psychoanalytiker „Opfer und Gesellschaft“
Gedanken zur Sozialpsychotraumatologie

28.06.13 17.30 –19.00 Uhr Atrium
Abschlussaufführung: Tanzprojekt von jungen Flüchtlingen „Swaggi Chuani Beat“

Sa, 06. Juli 2013, 9.30 - 17.00, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 14, Stuttgart
Plenum / Tagung des Flüchtlingsrats BW: Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz
[Zu Programm und Anmeldung](#)

22.-29.09. 2013 Interkulturelle Woche 2013 „Wer offen ist, kann mehr erleben“
Mehr Informationen: www.interkulturelle-woche.de
Bitte melden Sie uns Ihre einzelnen Veranstaltungen

Sa, 19.10.2013, ab 10 Uhr, Gammertingen, Lebenshaus Schwäbische Alb
„We shall overcome“. Gewaltfrei und aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biografische Zugänge. Veranstalter: Lebenshaus Schwäbische Alb, www.lebenshaus-alb.de

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart
Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5
E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de
Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration)